

Kritik an Impf-Chaos der Bundesländer wird schärfer

Union fordert einheitliches Management: „Föderalismus kommt in solchen Krisen an seine Grenzen.“ Politiker von SPD, Linkspartei und FDP wollen schnellere Bereitstellung des Serums gegen Corona

Seit einer Woche wird in Deutschland mit dem Serum von Biontech und Pfizer gegen das Coronavirus geimpft. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte schon vor dem Start geahnt: „Es wird an der einen oder anderen Stelle auch mal ruckeln.“ Nun zeigt sich: Vielen geht das Impfen zu langsam, andere Länder kommen schneller voran als Deutschland. Bis Sonntagmorgen wurden erst 238.809 Impfungen an das Robert-Koch-Institut gemeldet. In Israel hingegen sind bereits rund eine Million Menschen geimpft. Die Vorwürfe gegen die Bundesregierung, bei der Vorbereitung versagt zu haben, werden lauter.

„Die Fehler bei der Bestellung des Impfstoffes müssen schnell aufgeklärt werden“, sagte Carsten Schneider, Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Bundestag, WELT. Die Herstellung und Verteilung des Vakzins müssten Priorität haben. Gesundheitsminister Spahn solle „alle Pharmahersteller an einen Tisch holen und zu einer nationalen Initiative verpflichten“. Zusätzliche Produktionskapazitäten müssten „kurzfristig zur Verfügung gestellt werden“, forderte Schneider. Dazu müsse die Bundesregierung sich „schnellstens mit der Pharmaindustrie zusammensetzen und alle Möglichkeiten ausloten, die Produktion des Biontech-Impfstoffs zu erhöhen“, sagte auch Marco Buschmann, Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Bundestag, WELT. Alle Möglichkeiten auszureizen, die Produktion zu beschleunigen, forderte ebenso Linke-Fraktionschef Dietmar Bartsch.

Spahn hingegen verteidigte die Impfstrategie gegen Kritik. „Wir haben ausreichend Impfstoff für Deutschland und die EU bestellt“, sagte er der „Rheinischen Post“. „Das Problem ist nicht die bestellte Menge. Das Problem ist die geringe

Produktionskapazität zu Beginn – bei weltweit extrem hoher Nachfrage.“ Das sei aber von Anfang an klar gewesen.

Dabei stehen in puncto Impfmanagement auch die Bundesländer in der Kritik. „Aus meiner Sicht kommt der Föderalismus in solchen Krisen, wie wir sie gerade erleben, stellenweise an seine Grenzen“, sagte der Chef der Jungen Union, Tilman Kuban, im WELT-Interview. Es gebe Schwächen, „zum Beispiel, dass gerade einzelne Bundesländer sich nicht ausreichend vorbereitet haben, um den Impfstoff schnell zu verimpfen“. In besonderen Krisenfällen müsse „der Bund den Rahmen vorgeben, und die Länder sorgen für die Umsetzung, Ausführung oder auch Verschärfungen bei besonderen Inzidenzen. Aktuell wird in einzelnen Ländern Impfstoff für die zweite Impfung zurückgehalten, in anderen nicht“, so Kuban. „Das versteht niemand. Es braucht Einheitlichkeit im Handeln, nur dann gibt es auch Verständnis bei den Menschen – und dass am Anfang nicht gleich 60 bis 80 Millionen Impfdosen da sein werden, war auch allen klar.“

Auch Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU) kritisierte die unterschiedliche Vorgehensweise der Länder. „Es macht stutzig, dass in einigen Bundesländern die besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen direkt angeschrieben werden, während sich in anderen Ländern die Menschen selbst um einen Impftermin über Hotlines, online oder per App bemühen müssen“, sagte Frei WELT: „Senioren haben oft Schwierigkeiten, bei diesem digitalen Wettrennen mitzuhalten.“ Eine bessere Abstimmung unter den Ländern und ein rasches Angleichen der Impfterminvergaben seien nötig, „um einer Ungleichbehandlung einzelner Bevölkerungsgruppen entgegenzuwirken“. DW